

Verliererinnen und Gewinner

Soziale Konsequenzen der Liberalisierung im Textil- und Bekleidungshandel

Sabine Ferenschild

Im Mai 2006 erschütterten massive Unruhen die Textil- und Bekleidungsindustrie Bangladeschs: Tausende Arbeiterinnen und Arbeiter legten ihre Arbeit nieder, errichteten während der eskalierenden Auseinandersetzungen mit der örtlichen Polizei Barrikaden und setzten schließlich zwei Fabriken in Brand. Die ArbeiterInnen protestierten mit diesen Aktionen gegen skandalöse Arbeitsbedingungen. Sie wollten keine 7-Tage-Woche mehr hinnehmen und keine erzwungenen Überstunden bis tief in die Nacht hinein. Sie forderten einen Basislohn statt der Stücklöhne und eine deutliche Anhebung der seit 1994 unverändert bei 930 Thaka (= 17 US\$) liegenden monatliche Mindestlöhne. Mehrere hundert Verletzte, mindestens ein Toter, ca. 300 demolierte Fabriken und ein finanzieller Schaden von ca. 70 Mio. US-\$ waren das Ergebnis der mehrwöchigen Unruhen (Kumara 2006, SAAG 2006). Eine Beendigung der Streiks erfolgte erst nach der Zusage der Politik, in Verhandlungen über die Erhöhung des Mindestlohnes einzutreten. Es wurde ein Runder Tisch aus Arbeitgebern, Regierung und Gewerkschaften gebildet, der sich auf ein 10-Punkte-Programm zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu einigen versuchte, und eine »Nationale Lohnkommission zur Festlegung des Mindestlohnes in der Bekleidungsindustrie«, die schließlich im Oktober 2006 eine Mindestlohn-Anhebung auf 1.662 Thaka (= 25 US\$) verkündete. Da die meisten Gewerkschaften aber 3.000 Thaka (= 43 US\$) als neuen Mindestlohn gefordert hatten, folgten erneut Streiks und Unruhen, die aber keine unmittelbaren politischen Wirkungen mehr zeigten.

Die Bedingungen, gegen die sich die Textil- und BekleidungsarbeiterInnen Bangladeschs wehren, sind typisch für die globalisierte Produktion in diesem Sektor. Zwar gibt es regionale Beispiele für geringfügige Verbesserungen der Arbeitsstandards wie z. B. in der Küstenzone Chinas (die wiederum ein Weiterziehen der »Globalisierungskarawane« ins Landesinnere zur Folge haben.) In der generellen Tendenz aber scheinen sich die Liberalisierungsgewinne, die südostasiatische Länder nach dem Ende des Welttextilabkommens zum 31. 12. 2004 in Form wachsender Marktanteile erzielten, nicht in besseren Arbeitsbedingungen und Löhnen niederschlagen. Im Gegenteil: Der verschärfte Wettbewerb im weitgehend liberalisierten Welthandel verstärkt den Druck auf die Produktionskosten und führt so direkt zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, zur Produktionsverlagerung an günstigere Standorte und zu Fabrikschließungen. Das soll an den Beispielen Bangladesch und Kambodscha verdeutlicht werden. Beide Länder bauten ihre Textil- und Bekleidungsindustrie im Rahmen ihrer nationalen Entwicklungsstrategie in handelspolitisch »geschützten« Räumen auf, beide sind seit dem Ende des Welttextilabkommens zum 1.1.2005 mit der wettbewerbsstärkeren Konkurrenz aus China und Indien konfrontiert und suchen nach Überlebensstrategien für ihre Industrien.

Gemessen an den steigenden Bekleidungsexporten beider Länder gehören beide – im Gegensatz zu den meisten afrikanischen und so manchen lateinamerikanischen Ländern – zu den vorläufigen Gewinnerländern der Liberalisierung. Gerade deshalb könnten sich finanzielle und politische Spielräume zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen eröffnet haben. Letztere scheinen sich aber im Fall Bangladeschs eher zu verschlechtern. Kambodscha hingegen sucht bereits seit 1999 mit der »Better factories«-Initiative in Bezug auf Arbeitsbedingungen andere Akzente zu setzen als Bangladesch. Inwiefern das glückt, soll im Folgenden diskutiert werden.

Die große Verlagerung: Ein kurzer Überblick über die Weltkarte Textil-Bekleidung

Die Textil- und Bekleidungsindustrie kann mit Recht als Vorreiterin der Globalisierung bezeichnet werden: In den klassischen Industrieländern Nordeuropas und Amerikas begann mit dieser Industrie die Industrialisierung. Dementsprechend wurde sie nach dem 2. Weltkrieg zu einem zentralen Bestandteil der Konzepte nachholender Entwicklung: Seit den 1950er Jahren nutzten zahlreiche Länder des Südens diese arbeitsintensive Branche als Einstieg in eine exportorientierte, nachholende Industrialisierung.

Entgegen ihrer eigentlichen Absicht unterstützten die Industrieländer diesen Trend durch ihre protektionistische Handelspolitik. Denn sie setzten im Zuge mehrerer multilateraler Handelsabkommen Mengenbegrenzungen (= Quoten) im Textil- und Bekleidungshandel durch.¹ Mit den Quoten, die vor allem die europäischen Länder und die USA gegenüber billigen Lieferländern aus dem Süden verhängten, wollten sie ihre nationalen Textil- und Bekleidungsindustrien vor dem Zusammenbruch bewahren. Sie trugen mit dieser Politik aber zugleich entscheidend zur weiteren Verlagerung der Produktion in immer neue Lieferländer mit jeweils neuen Quoten bei: 2005 teilten ca. 160 Produktionsländer den Welthandel mit Textilien und Bekleidung im Wert von 479 Mrd. US-\$ untereinander auf (vgl. WTO 2006). 2004 lag der gesamte Welthandel noch bei 453 Mrd. US-\$

Fast 50% dieses Gesamthandels konzentrieren sich mittlerweile auf asiatische Länder, deren Anteil im Jahr 1970 noch bei 28% der Gesamtexporte lag. Dieser Anstieg ist nicht denkbar ohne China: Bereits 1997 machte der Anteil Chinas am Weltmarkt Textil-Bekleidung 25% aus (vgl. Hyvärinen 2000). Nach Angaben der EU-Kommission löste 2004 China die EU als weltweit größter Textil- und Bekleidungs-exporteur ab.² 2005 wuchsen die chinesischen Exporte um 21%, 2006 erneut um 25% (vgl. Emerging Textiles, 18.4.2007 nach Schätzungen der WTO). Die wachsende Bedeutung der asiatischen Länder in der textilen Kette wurde durch die weitgehende Liberalisierung nach dem Auslaufen des Welttextilabkommens zum 31.12.2004 noch angeheizt. Dies belegen jüngste Zahlen der WTO (World Trade Organization): Während China das 25% – Wachstum seiner Exporte vor allem durch Erschließung neuer Märkte jenseits der traditionellen Hauptmärkte USA, EU, Japan und Kanada erreichte, konnten insbesondere Bangladesch, Kambodscha und Vietnam, aber auch Indonesien, die Philippinen und Sri Lanka ihre Exporte in diese Zielmärkte wertmäßig deutlich steigern (vgl. Tabelle 1).

Tabelle 1: Textil-Bekleidungsimporte der Hauptmärkte nach Ursprung
 Prozentuale Veränderung des Werts in US-\$, Januar bis November 2006

	USA	EU 25	Japan	Canada
	%	%	%	%
Welt	4	6	6	9
China	15	10	8	22
Indien	8	13	12	6
Pakistan	12	12	-7	9
Bangladesch	22	34	4	19
Kambodscha	25	19	-	21
Indonesien	25	19	4	18
Philippinen	9	26	-	5
Vietnam	18	51	6	33
Thailand	1	11	-2	-
Sri Lanka	2	24	12	-
Ostasien ¹⁾	-14	33	-5	-12

Anmerkung: ¹⁾ Ostasien umfasst Taiwan, Hongkong, Macao und Südkorea.

Quelle: www.emergingtextiles.com 1998 – 2007

Der rasante Anstieg der chinesischen Marktanteile kommt nicht überraschend, sondern entspricht dem vorhergesagten »Staubsaugereffekt«: Der chinesische Anteil am US-Markt wuchs von Januar bis April 2005 um 70%, am EU-Markt um 45%, denn die chinesischen Preise sind um 10-50% niedriger als die der anderen Lieferländer (vgl. ICFTU 2005, 5).. Dementsprechend fielen die Textil und Bekleidungsexporte nach Europa in dieser Periode von Thailand um 44%, die Bekleidungsexporte von Thailand und Vietnam um 15%, von Pakistan um 17%, von Indonesien um 23% und Süd-Korea um 50%. Für Länder wie Bangladesch und Kambodscha kam der Aufschwung hingegen relativ überraschend: Sie galten in den meisten Prognosen neben vielen anderen Ländern als die potenziellen Verliererländer der Liberalisierung. Dass sie nun zumindest kurzfristig doch zu den Gewinnerländern der Liberalisierung gehören, bedeutet aber nicht, dass die Textil- und BekleidungsarbeiterInnen auch zu den GewinnerInnen gehören.

Exportorientierte Abhängigkeit

Die prognostizierten Verliererländer der Liberalisierung zeichneten sich alle durch ähnliche Charakteristika aus: Sie profitierten enorm von Quotenbeschränkungen konkurrierender Länder und/oder kamen in den Genuss präferenzierter Marktzugänge auf den EU- oder US-Markt.

Bangladesch ist hierfür ein typischer Fall. 1980 hatte Bangladesch noch keine eigene Bekleidungsindustrie, geschweige denn Bekleidungsexporte. Mit der Suche US-amerikanischer und koreanischer Händler nach Lieferländern ohne Quotenrestriktionen begann der Aufstieg der Bekleidungsindustrie Bangladeschs: 1980 expor-

tierte das Land für zwei Mio. US-\$ Bekleidung, 1988 bereits für 416 Mio. US-\$. 1993 war die Milliardengrenze überschritten, Ende der 1990er erreichten die Bekleidungsexporte die 4-Milliarden US-\$-Marke. Dieses rasante Wachstum verdankte Bangladesch unter anderem seinem Status als LDC (= Least Developed Country) mit zollfreiem Zugang in die EU (vgl. Hyvärinen 2000).³ Aber auch die Einrichtung von insgesamt acht Freien Exportzonen (EPZ)⁴ sowie die Produktion in den anderen mehr als 5.000 Textil- und Bekleidungsfabriken unter EPZ-Bedingungen (ohne physisch in einer Zone angesiedelt zu sein) trugen entscheidend zu diesen Wachstumszahlen bei, denn sie garantierten günstige Produktionsbedingungen bei gleichzeitiger Werbung mit der Einschränkung gewerkschaftlicher Aktivitäten in Form »gewerkschaftsfreier Zonen« (vgl. ILO 2007).

Der Boom steigerte die Bedeutung dieses Sektors für Bangladeschs Gesamtwirtschaft: 2005 stellten die Textil- und Bekleidungsexporte bereits 76% der Exporterlöse Bangladeschs. Zwei Millionen Menschen waren zu diesem Zeitpunkt in diesem Sektor beschäftigt, davon 80% Frauen. Die Beschäftigten der Textil- und Bekleidungsindustrie bildeten 40% der gesamten Industriebelegschaft. Weitere 10 Millionen Menschen hingen über Familienzugehörigkeit bzw. Beschäftigung in abhängigen Sektoren laut des Internationalen Bundes freier Gewerkschaften (IBFG) indirekt vom Bekleidungssektor ab (vgl. ICFTU 2005, 19). Die Konzentration der Exporte auf nur wenige Zielmärkte – 95% der Bekleidungsexporte Bangladeschs gingen 2004 in die EU und die USA (Kearney 2004) – bewirkte eine große Abhängigkeit von den handelspolitischen Entscheidungen dieser zwei Hauptmärkte, die auch nach der Liberalisierung 2005 nicht geringer geworden ist. Insofern wundert es nicht, dass Bangladesch enorm von den Mitte 2005 getroffenen bilateralen Vereinbarungen der EU und auch der USA mit China über neue Mengenbegrenzungen angesichts explodierender chinesischer Importe profitierte und seit Ende 2005 eine zweite Hochkonjunktur erlebt.⁵

In dieser Situation der Abhängigkeit (von den Hauptmärkten EU und USA) und des Verdrängungswettbewerbs mit den zahlreichen konkurrierenden Lieferländern versucht die nationale Regierung aber zugleich, die Entwicklung einer eigenständigen, wettbewerbsfähigen textilen Kette voranzubringen. Deshalb verzichtet sie auf Marktchancen im EU-Markt, die sie unter Nutzung der Möglichkeit zur regionalen Kumulation innerhalb der EU-Ursprungsregeln hätte, zugunsten des Ausbaus der nationalen Textilindustrie.⁶

Kambodschas Bekleidungsindustrie wurde im Vergleich zu der Bangladeschs nahezu über Nacht hochgezogen: Zu Beginn der 1990er Jahre startete die kambodschanische Regierung in Kooperation mit Weltbank und Internationalem Währungsfonds ein Strukturanpassungsprogramm, durch das die kambodschanische Planwirtschaft in eine Marktwirtschaft überführt werden sollte. Neben der Mitgliedschaft in der WTO (1994 beantragt, 2003 aufgenommen) war der Aufbau einer Textil- und Bekleidungsindustrie als Exportindustrie seit Mitte der 1990er Jahre ein wichtiger Baustein der neuen Wirtschaftspolitik. 1995 exportierte Kambodscha noch Bekleidung im Wert von 26 Mio. US-\$, 2004 betrug die Exportsumme schon 1,6 Mrd. US-\$ und 2006 gar 2,2 Mrd. US-\$. Entsprechend stieg die Zahl der Arbeitsplätze auf 265.811 direkt Beschäftigte im Jahr 2006. Im Jahr 2004 stellte der Bekleidungssektor 85% der kambodschanischen Warenexporte in die USA und die EU und 65% der Industriebelegschaft des Landes (Nuon 2007, 2).⁷

Die entscheidende handelspolitische Rahmenbedingung für diesen Boom war – neben Handelserleichterungen im Zugang zum US- und EU-Markt (1997 bzw. 2001) – ein bilaterales Drei-Jahres-Abkommen zum Handel mit Textilien und Bekleidung zwischen den USA und Kambodscha, das 1999 begann und 2001 um drei Jahre verlängert wurde. Dieses Abkommen koppelte erstmals steigende Quoten für den US-Markt mit der Einhaltung von Sozialstandards. Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) wurde gebeten, das Monitoring zu diesem Abkommen zu übernehmen, womit sie nach zahlreichen Vorgesprächen mit Politik, Arbeitgebern und Gewerkschaften im Januar 2001, also erst zum Zeitpunkt der ersten Verlängerung des Abkommens, begann. Dieses Projekt, besser bekannt als »Better factories«-Programm⁸, ermöglichte Kambodscha jährlich um 14% steigende Zugangsquoten zum US-Markt – bei positiven Ergebnissen in den regelmäßig vorgelegten Synthese-Berichten des »Better factories«-Programms.

Die Bedeutung des Markenzeichens »Produktion unter Einhaltung von Sozialstandards«, mit dem Kambodscha sich seitdem von konkurrierenden Ländern abheben will, wird aber durch die Stellung der kambodschanischen Bekleidungsindustrie im »händlergesteuerten asiatischen Produktionsnetzwerk«, das von großen (US-)Bekleidungshändlern und Markenfirmen dominiert wird, zumindest relativiert: Der hohe Anteil von Bekleidungsfabriken in ausländischem Besitz – nur 5% der Fabriken waren 2005 in privatem nationalem Besitz, 50% gehörten Besitzern aus Hongkong, China und Taiwan – kennzeichnet die kambodschanische Bekleidungsindustrie als Teil einer Dreiecks-Produktion, in der große Händler Aufträge an asiatische Firmen vergeben, die diese wiederum in Ländern mit jungen, billigen Industrien platzieren, um u. a. deren Quotenmengen abzuschöpfen (vgl. Nuon 2007, 8). Für das auch nach 2005 anhaltende Wachstum der kambodschanischen Bekleidungsindustrie ist also noch durchaus offen, ob die im Sommer 2005 gegen China verhängten neuen Mengenbegrenzungen in Verbindung mit Kambodschas präferenziellem Marktzugang auf den EU- und den US-Markt dessen Hauptursache ist, oder ob mittlerweile die Einhaltung von Sozialstandards das zentrale Leitmotiv der Auftragsvergabe großer Händler und Markenfirmen geworden ist. Die Tatsache, dass Kambodscha seit kurzem Freie Exportzonen einrichtet (s. u.), lässt an letzterem zweifeln (vgl. ILO 2005).

Letztlich wird sich die Nachhaltigkeit einer aktiven Sozialstandard-Politik aber nicht vor 2008 zeigen: Sollten dann, nach Auslaufen der aktuellen Restriktionen chinesischer Bekleidungsexporte, keine neuen Quoten gegen China verhängt werden, dann würde Kambodscha im ersten Fall (Boom aufgrund präferenziellen Marktzugangs) vermutlich einen Crash erleben, im zweiten Fall (Boom aufgrund Markenzeichen Sozialstandards) dürfte einer weiteren Konjunktur angesichts des bis 2009 ausgedehnten und dann in ein nationales Gremium zu überführenden »Better factories«-Programms nichts im Wege stehen.

Sozialer Wettlauf nach unten: Die Feminisierung des Proletariats

Schon den Aufbau einer Textil- und Bekleidungsindustrie in Zeiten des Multifaser- und später des Welttextilabkommens erkaufte viele Länder durch die Einrichtung Freier Exportzonen, also der steuerlich-finanziellen Privilegierung von Exportunternehmen als materieller Basis ihrer nachholenden Industrialisierung und setzten

damit »auf niedrige Arbeitslöhne als komparative Kostenvorteile« (Wick 1999). Diese globalen Produktionsstätten sind Teil der materiellen Struktur der Globalisierung, die zugleich bestehende Räume informeller Produktion in Dienst nimmt: In Ostasien tragen Kleinstbetriebe (außerhalb staatlicher Regulierung) entscheidend zu Produktion und Export bei (vgl. Trenke 2003).⁹ Diese Struktur zeigt, dass nicht die Neutralisierung von Raum und Zeit durch die digitale Revolution das alleinige Merkmal der globalisierten Wirtschaft ist. Vielmehr entstehen »neue Formen räumlicher Zentralisation, in denen die Voraussetzungen für die Globalisierung produziert werden« (Sassen 1998) und die spezifische Auswirkungen auf Frauen haben. Zu diesen neu konstituierten Räumen gehören neben den Mega-Cities die genannten Export-Industriezonen, die Arbeits- und Lebensorte von Millionen Frauen weltweit sind: Gab es in den 1970ern erst eine Handvoll dieser Zonen mit wenigen tausend Beschäftigten, existierten 2006 schon ca. 3.000 Zonen, die mehr als 63 Mio. Beschäftigte, überwiegend Frauen, hatten (ICFTU 2004a, 4).

Tabelle 2: Freie Exportzonen 2007

Region	Anzahl Beschäftigte	Anzahl Zonen
Asien	53.089.262	900+
(davon China)	40.000.000	
(davon bonded factories Bangladesh)	3.250.000	
Zentralamerika und Mexico	4.988.459	155
Mittlerer Osten	1.070.275	50
Nordafrika	643.152	65
Subsahara-Afrika	816.474	90+
USA	330.000	713
Südamerika	456.175	43
Transformationsökonomien	1.131.462	400
Karibik	542.163	250
Indischer Ozean	189.412	1
Europa	45.472	50
Pazifik	145.930	14
Gesamt (geschätzt)	63.118.236	2.700+

Quelle: <http://www.ilo.org/public/english/dialogue/sector/themes/epz/stats.htm>

Der Trend, immer neue Landstriche als Freie Exportzonen auszuweisen oder ganzen Regionen bzw. Landesteilen einen solchen Status zu verleihen, verstärkt den Verdrängungswettbewerb im liberalisierten Weltmarkt. Und dieser wiederum verschärft die ohnehin schlechten Arbeitsbedingungen vor allem der Bekleidungsindustrie. Obwohl systematische, vergleichende Studien noch fehlen weisen die zunehmende Einrichtung von Freien Exportzonen, sinkende Löhne bzw. Reallohnverluste, wachsende Überstunden und die Zunahme sowohl informeller Beschäftigung als auch von Kurzzeit-Beschäftigung darauf hin, dass der globale Kampf um Marktanteile vor allem von den ArbeiterInnen »finanziert« wird – durch Lohninbußen und Verwandlung immer größerer Teile ihrer Lebenszeit in Arbeitszeit¹⁰. Die Tatsache, dass viele dieser

Zonen garantiert gewerkschaftsfreie Zonen sind bzw. die Zulassung gewerkschaftlicher Aktivitäten ein harter, oft jahrzehntelanger Kampf (wie im Fall Bangladeschs)¹¹ ist, hält die Arbeitsstandards niedrig.

Einige Beispiele:

Bangladesch legalisierte kurzfristig die 72-Stunden-Woche. Berichte über erzwungene Überstunden, die zu 16 Arbeitsstunden und mehr täglich führen, 6-7-Tage-Wochen bei 30-40€ Monatslohn und einer sehr gewerkschaftsfeindlichen Haltung der Unternehmen häufen sich (vgl. ICFTU 2005). **Pakistan** führte im Juni 2006 einen regulären 12-Stundentag ein, erlaubte das Zwei-Schicht-System für Arbeiterinnen (bis dahin durften Frauen nur von Sonnenauf- bis untergang arbeiten), hob die erlaubte Jahresüberstundenzahl von 150 auf 624 Stunden für Erwachsene an und nahm Stücklohnarbeiter von Überstundenzahlungen aus (vgl. WWO 2006).

Vietnam erlebte im Januar 2006 den Streik von ca. 40.000 TextilarbeiterInnen, die die Anhebung ihrer Löhne forderten. Daraufhin wurde ein Mindestlohn von 33€ monatlich eingeführt. Anfang 2007 streikten erneut mehr als 30.000 ArbeiterInnen wegen zu geringer Lohnerhöhungen (vgl. Ver.di 2007).

Auf den **Philippinen**, deren Textil- und Bekleidungsindustrie seit Jahren unter einem drastischen Abbau formeller Arbeitsplätze (von 900.000 im Jahr 1991 auf 285.000 im Jahr 2005) bei gleichzeitiger Zunahme informeller Arbeitsplätze im Bekleidungssektor (ca. 700.000 in 2005) leidet, nahmen unbezahlte und erzwungene Überstunden durch die Liberalisierung zu, freie Tage wurden gestrichen, befristete Arbeitsverträge von drei bis fünf Monaten Dauer nahmen zu und Über-Nacht-Schließungen von Firmen häuften sich (vgl. ICFTU 2005). Im Februar 2004 schlug eine Regierungskommission mit Geschäftsleuten sogar vor, den Mindestlohn für die Textil- und Bekleidungsindustrie auszusetzen, um einen Kollaps nach der Liberalisierung 2005 zu vermeiden (Vgl. Duvillier 2005).

Indien genehmigte zusätzlich zu den bereits existierenden 82 Speziellen Wirtschaftszonen 250 weitere. Prinzipiell gilt dort zwar indisches Arbeitsrecht, aber Gewerkschaften haben dort noch nicht Fuß gefasst. P.N.Venugopal von der Gewerkschaft Center of Indian Trade Unions: »Besonders wo Frauen beschäftigt werden, in den Textilbetrieben, dort gibt es viel Ausbeutung. Sie tauchen in der Buchführung des Unternehmens gar nicht auf. Sie sind das ganze Jahr da, aber trotzdem bekommen sie keine feste Stelle. Oft werden Überstunden nicht als Überstunden gezählt, und es gibt keine Zuschläge. Die meisten Arbeitsgesetze gelten in diesen Zonen – aber nur auf dem Papier.« (Becker 2007) Berichte der Internationalen Gewerkschaft der Textil-, Bekleidungs- und LederarbeiterInnen über die »entsetzlichen« Verletzungen von Arbeitsrechten im Zentrum der boomenden indischen Bekleidungsindustrie in Bangalore bestätigen dies (vgl. ITGLWF 2007).

In **Sri Lanka** wurde ein Vorschlag an das National Labour Advisory Committee diskutiert, die erlaubten 100 Überstunden pro Jahr auf 80 Überstunden pro Monat für Frauen heraufzusetzen (vgl. Dent o. J.).

Kambodscha, das wohl ambitionierteste unter den genannten Ländern in Fragen von Sozialstandards, erlebt eine schleichende Erosion sozialer Errungenschaften. Darauf machen nicht allein die Forderungen der Free Trade Union (FTU) Kambodschas im Sommer und Herbst 2006 aufmerksam, die zusammen mit 17 anderen unabhängigen Gewerkschaften des Landes eine Erhöhung des Mindestlohnes

für den Bekleidungssektor von 45 auf 82 US-\$ (Kambodschas inoffizielle Währung) verlangten:¹² Zwar lag der Mindestlohn mit 45 US-\$ schon deutlich über den durchschnittlichen 28 US-\$ Monatseinkommen im Öffentlichen Sektor und den ca. 40 US-\$ monatlichen Familieneinkommen auf dem Land. Ein menschenwürdiger Lohn (living wage) würde allerdings bei über 80 US-\$ liegen (vgl. ICFTU 2005). Nach zähen Verhandlungen erhöhte die Regierung im Oktober 2006 (erstmal seit 2000) den Mindestlohn zwar auf 50 US-\$, jedoch änderte sie im Frühsommer 2007 erstmals nach zehn Jahren das nationale Arbeitsgesetz und reduzierte, unterstützt von den Arbeitgebern, die Nachtschichtzulage um 70% – in der Hoffnung, so ca. 200.000 neue Arbeitsplätze schaffen zu können.¹³

Schon 2004 berichtete der IBFG, dass entgegen der im kambodschanischen Arbeitsrecht erlaubten maximal zwei Überstunden täglich viele ArbeiterInnen zu vier bis fünf Überstunden gezwungen werden. Die sich durchsetzende Stücklohnzahlung ermögliche »verdeckte Überstunden«. In der Probezeit von 3 Monaten werde unter dem Mindestlohn gezahlt, die Probezeit werde nur verlängert, wenn keine Gewerkschaftszugehörigkeit bestünde. Berichte über enorm hohe Abzüge für Urlaubstage (für einen Tag Urlaub würden 7 US-\$ vom Lohn abgezogen, obwohl der Basislohn pro Tag nur 1,5 US-\$ entspräche) sowie unregelmäßige Lohnzahlungen seien besorgniserregend (vgl. ICFTU 2004). Der IBFG (englisch: ICFTU) berichtete im gleichen Papier von 2004, dass Ende 2003 Pläne zur Einrichtung von drei Freien Exportzonen an der Grenze zu Thailand bestünden. Die International Labour Organization (ILO) zählt in ihrer Datenbank über Freie Exportzonen für Kambodscha drei operierende Freie Exportzonen mit zusammen 20.000 Beschäftigten (vgl. ILO 2005). Bis Oktober 2006 hat die kambodschanische Regierung sieben weitere Lizenzen zur Errichtung Freier Exportzonen erteilt.¹⁴

Der Kampf um die Verbesserung der Löhne bei gleichzeitigem Sinkflug der Löhne (allein von 2004 auf 2005 sanken die Löhne um 8,5%, während die Exporte in 2005 um 20% stiegen), die Verlagerung zu Kurzzeitverträgen und Stücklohn seit 2005, die Verfolgung von Gewerkschaftern bis hin zu ihrer Ermordung – dies alles wirft ein zweifelhaftes Licht auf das so massiv propagierte Better Factories – Programm, ganz abgesehen von einzelnen Vorwürfen der Intransparenz und Korruption innerhalb der Programmumsetzung (vgl. UNDP 2007, ICFTU 2005, Lenz 2007).

In fast allen Beispielländern ist der Anteil junger Frauen in den Belegschaften mit ca. 80% sehr hoch: Diese Frauen sind zwischen 15-25 Jahre alt, stammen überwiegend aus ländlichen Gegenden und leben als Arbeitsmigrantinnen in der Nähe der Exportbetriebe. Der Bekleidungssektor bot und bietet ihnen die Möglichkeit nicht nur eines eigenen Einkommens, sondern auch einer gewissen Unabhängigkeit. Einerseits kommen durch den Zugang von Frauen in den Sektor der formellen Ökonomie patriarchale Geschlechterkonstruktionen in Bewegung.¹⁵ Andererseits herrschen aber in allen Ländern die beispielhaft geschilderten Arbeitsbedingungen (Armutslöhne, exzessive Arbeitszeiten etc.), weswegen man auch von einer »Feminisierung des Proletariats« (Sassen 1998) oder einer Feminisierung der Armut trotz Arbeit sprechen kann. Die langfristigen Folgen für die jeweiligen Gesellschaften bestehen sicher nicht nur (wenn überhaupt) aus wachsender Eigenständigkeit von Frauen und Aufweichung patriarchaler Strukturen. Neuere Untersuchungen zum Wiederaufleben von Geschlechterdifferenzen in China durch Liberalisierung, Privatisierung und Ökonomisierung weisen vielmehr auf die wachsende Bedeutung der Kategorie

Geschlecht in der Herausbildung sozialer Klassen im Zuge wachstumsorientierter Wirtschaftspolitik hin (vgl. Wichterich 2007).

Die stillen Gewinner

Auf die Liberalisierung im globalen Bekleidungshandel reagierten viele Handelskonzerne mit der Reduzierung ihrer Zulieferer bzw. deren Konzentration in wenigen strategischen Regionen. Beispiele hierfür sind Inditex und Adidas: Das spanische Unternehmen Inditex, so der IBFG im Jahr 2005, wolle seine Zulieferer längerfristig von 2700 auf 900 reduzieren (vgl. ICFTU 2004). Der Inditex-Jahresbericht 2006 belegt diese Strategie und benennt für das Geschäftsjahr 2006/2007 einen aktuellen Bestand von 1.260 Zulieferern zum 31. 1. 2007. Im gleichen Zug wird ein weiterer Konzentrationsprozess auf die strategischen Länder Marokko, Türkei, Indien, Bangladesch und China für das laufende Jahr angekündigt.¹⁶

Auch Adidas konzentrierte im Vorgriff auf die 2005 zu erwartende Liberalisierung seine Lieferantenkette. So heißt es im Adidas-Geschäftsbericht 2003: »Um davon profitieren zu können, dass in den kommenden Jahren zahlreiche Einfuhrbeschränkungen in verschiedenen Ländern aufgehoben werden, haben wir unsere Beschaffungsaktivitäten weitgehend zentralisiert.« Zwischen 2000 und Ende 2003 reduzierte Adidas dementsprechend die Zahl seiner Schuhlieferanten um 40%, die seiner Bekleidungslieferanten um 7% und die seiner Zubehörlieferanten um 21%. Seine Verschlanungsstrategie bekräftigte Adidas in seinen jährlichen Geschäftsberichten und 2005 gegenüber der Kampagne für Saubere Kleidung.¹⁷ Bedingt durch den Verkauf von Salomon und den Erwerb von Reebok (mit immerhin ca. 800 Zulieferern aus 53 Ländern) zählt die Adidas-Gruppe aber Anfang 2007 immer noch 1.082 Zulieferer aus insgesamt 65 Ländern, wobei 43% (= 467 Betriebe) in den sechs Ländern China (243), Indien (48), Indonesien (56), Thailand (39), Vietnam (55) und der Türkei (26) liegen.¹⁸ Die immer noch existierende »Ländervielfalt« unter den Adidas-Zulieferern wird jedoch stark relativiert, wenn diese in Beziehung zum Anteil der Zulieferländer an der Gesamtproduktion für Adidas gesetzt wird: So wurden 97% der Schuhe für Adidas und Reebok im Jahr 2006 in Asien produziert, wobei China mit 46% das wichtigste Beschaffungsland war (vor Vietnam mit 25% und Indonesien mit 23%). 76% der Bekleidung kam aus Asien, davon 23% aus China und 15% aus Indonesien, und schließlich stammten 97% des Beschaffungsvolumens an Ausrüstung und Zubehör aus Asien, wobei China mit 61% des Gesamtvolumens das wichtigste Beschaffungsland war.¹⁹ Eine weitere »Konsolidierung«, sprich Verschlanung, in Richtung weniger und größere Zulieferer bleibt weiterhin auf der Adidas-Agenda, soll sich aber angesichts drohender einseitiger Abhängigkeit nicht nur auf China konzentrieren, sondern auch den Ausbau der Handelsbeziehungen mit Indien, Indonesien und Vietnam beinhalten.²⁰

Die neue Freiheit der Unternehmen, ihre Aufträge ausschließlich nach Geschäftsinteressen vergeben zu können, macht sie zu den eigentlichen Gewinnern der Liberalisierung. Für Lieferländer wie Kambodscha entsteht so eine dreifache Abhängigkeit: Sie hängen erstens von den politisch gesteuerten Zugangsbedingungen zu den Hauptmärkten, zweitens von den Einkaufsstrategien einer kleinen Zahl großer Handelskonzerne vor allem aus Japan, den USA und der EU (so ist z. B. das US-amerikanische Unternehmen GAP für 1/3 der kambodschanischen Bekleidungsexporte

verantwortlich (vgl. Newsletter, Mai 2005, www.betterfactories.org), Adidas steht auf der Liste der größten Auftraggeber an 4. Stelle nach GAP, H&M und Levi Strauss (vgl. Nuon 2007, 5), obwohl Kambodscha für Adidas nur eine Nebenrolle spielt) und drittens von den Investitionsstrategien großer transnationaler Produzenten vornehmlich aus Ostasien ab (vgl. UNDP 2005). Berücksichtigt man vor diesem Hintergrund die massive Tendenz aller großen Händler, ihre Lieferbeziehungen zu China bzw. zu den konkurrenzfähigsten Lieferländern auszubauen, sehen die Perspektiven für Länder wie Kambodscha und Bangladesch düster aus.

Menschenwürdige Arbeit – zivilgesellschaftliche Reaktionen auf die Liberalisierung

In den letzten Jahren haben nationale und internationale Gewerkschaften und Nicht-Regierungsorganisationen (NRO's) durch Studien, Tagungen und Beteiligung an Multi-Stakeholder-Initiativen dazu beigetragen, dass die sozialen Konsequenzen der Liberalisierung Gegenstand öffentlicher Debatten werden²¹:

Auf den *Philippinen* hat z. B. der Internationale Bund freier Gewerkschaften (IBFG/ICFTU) schon im Jahr 2002 einen Prozess zu den möglichen Folgen der Liberalisierung in Gang gesetzt. Unter Koordinierung des ICFTU gründeten 13 der größten Bekleidungsgewerkschaften das »Labor Forum Beyond the ATC«. Dieses übermittelte Regierung und Unternehmern eine 8-Punkte-Strukturreform-Agenda, die würdige Arbeit, Mindestlohn und ILO-Standards einklagt. Ein »Clothing and Textile Industry Tripartite-Council (CTITC)« bestehend aus Regierung, Unternehmen und Gewerkschaften sollte gemeinsame Perspektiven erarbeiten.

In *Bangladesch* engagieren sich Gewerkschaften und NRO's im »MFA-Forum« (= Multi Faser Agreement-Forum), einer Multi-Stakeholder-Initiative bestehend aus Handelskonzernen, Gewerkschaften, Nicht-Regierungsorganisationen und multilateralen Organisationen, um zum Überleben der Bekleidungsindustrie Bangladeschs in Zeiten der Liberalisierung beizutragen (vgl. www.mfa-forum.net). In *Kambodscha* stehen unabhängige Gewerkschaften unter Druck durch unternehmernahe Gewerkschaften, Bestechungen, Verfolgung und Ermordung aktiver Gewerkschafter. Gegenüber der Better-Factories-Initiative nehmen sie daher eine eher kritisch-distanzierte Stellung ein (vgl. ICFTU 2004). Die *ITGLWF* fordert u. a. einen Zusammenschluss von ILO und WTO, um für Handel und Arbeit einen Ordnungsrahmen zu entwickeln (vgl. *ITGLWF* 2003). Sie tritt für eine Drei-Parteien-Beteiligung bei allen Handelsvereinbarungen und die Einbeziehung von Arbeitsstandards in alle Internationalen Handelsabkommen als Imperativ ein, denn: »Die Krise in diesem Sektor ist nicht Überkapazität oder Überproduktion geschuldet. Stattdessen wurzelt sie in Unterkonsumption von Hunderten Millionen Menschen, einschließlich der Arbeiter in der Textil-, Bekleidungs- und Schuhexportindustrie, die sich nicht mit adäquater Bekleidung und Schuhen ausstatten können.« (Kearney 2004) Das 2006 neu gegründete *CorA-Netz* (Corporate Accountability-Netz)²², das von mehr als 30 NRO's und Gewerkschaften in Deutschland gegründet wurde, setzt mit seinen politischen Forderungen nach einer bindenden Berichtspflicht für Unternehmen und konkreten Sanktionen im Falle von Verletzungen sozialer und ökologischer Standards bei der Verantwortung der großen Konzerne für die Produktionsbedingungen an. Darüber hinaus fordert es »eine gesellschaftliche Auseinandersetzung über sozial- und umweltverträgliche Konsummuster« und die Entwicklung klarer

Vorgaben durch die Regierungen zur Zurückdrängung sozial- und umweltschädlicher Produkte.

Viele dieser Initiativen integrieren in ihre Programme Vorschläge für die Ausdifferenzierung der textilen Kette in ihrem Land, um die Branche wettbewerbsfähiger zu machen, und zur Entwicklung alternativer Exportbereiche, um die »Verwundbarkeit« durch die extreme Abhängigkeit von nur einer Branche in einem liberalisierten Weltmarkt zu reduzieren. Keine dieser Initiativen diskutiert aber in diesem Kontext, ob überhaupt die Beseitigung von Armut mit einer auf Wachstum, Wettbewerb und Profitorientierung ausgerichteten Entwicklungsstrategie realisierbar ist. Die Erfahrungen mit den sich verschärfenden sozialen Spaltungsprozessen in den Kernländern dieser kapitalistischen Entwicklungsstrategie in Europa und Nordamerika scheinen eher dagegen zu sprechen und nach weiterreichenden Alternativen als einer »Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit« zu rufen. Mit der Verlängerung von Quotenbeschränkungen gegenüber China durch die USA und die EU wurde zwar ein wichtiger Bestandteil gewerkschaftlicher Forderungen zur Erringung einer »Atempause« für die Beschäftigten in wettbewerbsschwächeren Ländern erfüllt. Weitere Kernforderungen wie die verbindliche Regelung von sozialem Schutz und menschenwürdiger Arbeit auf internationaler Ebene, eine verbindliche globale soziale Rechenschaftspflicht von Unternehmen oder Übergangsregelungen zur unmittelbaren Überlebenssicherung stehen allerdings nach wie vor in direkter Konkurrenz zum Interesse von Händlern, Produzenten und Regierungen, die eigene Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. Letztere setzen deshalb vor allem auf das Prinzip der »freiwilligen« Kontrolle von Sozialstandards durch die Unternehmen.

Deshalb bestehen ernsthafte Zweifel, ob eine soziale Perspektive in von Regierungen und Händlern/Produzenten dominierten Multi-Stakeholder-Initiativen entwickelt werden kann – oder ob nicht neue soziale Allianzen auf internationaler Ebene aus Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Organisationen eher zu einer grundlegenden Neuorientierung von Wirtschaft und Politik im Interesse der Beschäftigten und ihrer Familien führen.

Literatur

- Backes, Martina (2003) *Jenseits der Etikette*, in: *iz3w*, März
- Becker, Matthias (2007) *Schwellenland Indien. Mit Sonderwirtschaftszonen auf Wachstumskurs*, *dradio.de*, Hintergrund Wirtschaft, 27. 5. 2007, 18:40h
- Dent, Kelly (o. J.) *Unraveling the MultiFibre Agreement (MFA). What impact will the abolition of quotas under the MFA have on the garment industry of Sri Lanka?* (nicht vor 2001)
- Duvillier, Laurent, (2005) *Surviving without quotas. A Philippine Case Study*, Juni 2005 (http://www.icftu.org/www/PDF/RP_Garment_Report_170605edited_260605EN.pdf)
- Emerging Textiles (2007a) *No radical change in Global Textile Trade*, WTO reports (www.emergingtextiles.com/?q=art&s=070418-apparel&r=free&n=6)
- Emerging Textiles (2007b) *Bangladesh successful in post-quota period*, WTO reports
- Ferenschild, Sabine/ Wick, Ingeborg (2004) *Globales Spiel um Knopf und Kragen. Das Ende des Welttextilabkommens verschärft soziale Spaltungen*, Siegburg/ Neuwied 2004
- Hyvärinen, Antero (2000) *The Changing Pattern of International Trade in Textiles and Clothing*, (http://www.intracen.org/textilsclothing/atc_developing_countries.htm#5.%20Impact)
- ICFTU (2004) *Cambodia: textile workers face a gloomy future* (Briefing January 2004. No. 1) (<http://www.icftu.org/www/pdf/cambodiaEN.pdf>)

- ICFTU (2004a) Behind the brand names. Working Conditions and labour rights in export processing zones (Dez. 2004, <http://www.icftu.org/www/PDF/EPZreportE.pdf>)
- ICFTU (2005) Stitched up! How those imposing unfair competition in the textiles and clothing industries are the only winners in this race to the bottom, ICFTU-Report December 2005
- ILO (2005) Promoting fair globalization in textiles and clothing in a post-MFA environment. Report for discussion at the Tripartite Meeting on Promoting Fair Globalization in Textiles and Clothing in a Post-MFA Environment, Genf 2005 (TMTC-PMFA/2005)
- ILO (2007) EPZ Employment Statistics (14 March 2007, <http://www.ilo.org/public/english/dialogue/sector/themes/epz/stats.htm>)
- ITGLWF (2003) Neil Kearney, Botschaft an Internationale Arbeitskonferenz »Arbeit ohne Regulierungen und Schutzmaßnahmen ist ein Wechsel auf ständige Armut«, 12. 6. 2003
- ITGLWF (2007) Bangalore's Appalling Record on Worker Rights under Attack at ILO Conference, Presseerklärung vom 18. 6. 2007
- Kearney, Neil (2004) Trade in Textiles and Clothing after 2005 (<http://trade-info.ccc.eu.int/doclib/html/123181.htm>)
- Kumara, Sarath (2006) Widespread unrest erupts among textile workers in Bangladesh, 19. 6. 2006 (<http://www.wsws.org/articles/2006/jun2006/baqng-j19.shtml>)
- Lenz, Michael (2007) T-Shirts aus dem Multifaserland, in: Ver.di.publik 04/April 2007
- Nuon, Veasna u. a. (2007) »Business – as usual?« Governing the supply chain in clothing post MFA phase out. The case of Cambodia (http://www.global-labour-university.org/fileadmin/Papers_Wits_conference_2007/Group_B1/nuon_paper.pdf)
- Rahman, Mustafizur (2006) The Price of Free Trade – Part I (YaleGlobal, 29. 9. 2004)
- SAAG (2006) Bangladesh: Industrial Chaos Worsens Political Instability (paper No. 1852, <http://www.saag.org/%5Cpapers19%5Cpaper1852.html>)
- Sassen, Saskia (1998) Überlegungen zu einer feministischen Analyse der globalen Wirtschaft, in: Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Heft 111, 28. Jg. 1998, Nr. 2, 199-216
- Trenke, Norbert (2003) Das Ende der Arbeit, in: Informelle Ökonomie (iz3w, März 2003)
- Verdi (2007) verdi.publik ,April 2007
- Wick, Ingeborg (1999) Frauenarbeit in Freien Exportzonen, in: Parnreiter, Christof et al. (Hg.) Globalisierung und Peripherie: Umstrukturierung in Lateinamerika, Afrika und Asien, Wien 1999, 189-208
- UNDP (2005) TNCs and the Removal of Textiles and Clothing Quotas, New York –Genf
- UNDP (2007) Cambodia's Garment Industry Post-ATC. Human Development Impact Assessment Final Report. Colombo
- Wichterich, Christa (2007) Fair and Unfair Competition. The EU-China-Trade Race and it's gender implications, IGTN Europe (<http://www.igtan.org/page/720/1>)
- WTO (2006) International Trade Statistics 2006 (www.wto.org/english/res_e/statis_/its2006_e/its06_toc_e.htm)
- WWO (2006) Pakistan – Working Women Organization Fights Against new Labour Laws (in: ICEM WOMEN'S BULLETIN N° 16, Oktober 2006) (<http://www.icem.org/en/71-Gender-Issues/1998-ICEM-WOMEN%E2%80%99S-BULLETIN-N%C2%B0-16>)

Internet-Seiten

www.wto.org
www.ilo.org
www.ec.europa.eu/trade
www.otexa.ita.doc.gov
www.epb.gov.bd
www.inditex.com
www.adidas-group.com
www.betterfactories.org
www.mfa-forum.net
www.cora-netz.de

Anmerkungen

- 1 Zu diesen gehören die Baumwollabkommen (short term- und long term agreement), das mehrfach verlängerte Multifaserabkommen sowie das Welttextilabkommen. Im Einzelnen vgl. Ferenschild/ Wick (2004)
- 2 Vgl. http://ec.europa.eu/trade/issues/sectoral/industry/textile/index_en.htm
- 3 Gleiches gilt für Kanada. Für den Zugang auf den US-Markt fielen für Bekleidung Zölle von 5-30% an, die sich in 2003 auf 306 Mio. US-\$ summierten – im Vergleich zu 35 Mio. US-\$ US-Entwicklungshilfe im gleichen Jahr (vgl. Rahman 2004).
- 4 Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) definiert EPZs als »industrial zones with special incentives set up to attract foreign investors, in which imported materials undergo some degree of processing before being reexported« (www.ilo.org). Zur Entwicklung und Ausdifferenzierung Freier Exportzonen vgl. ICFTU (2004a).
- 5 Die EU schloss im Juni 2005 mit China ein »Memorandum of Understanding« ab, das in sensiblen Kategorien chinesische Importe in die EU bis zum 1. 1. 2008 begrenzt. Die USA verfuhr im November 2005 analog: Das »Memorandum of Understanding« zwischen den USA und China begrenzt den Handel bis Dezember 2008.
- 6 Vgl. [Emerging Textiles.com](http://EmergingTextiles.com), 27. 6. 2007: Bangladesh successful in post-quota period, WTO reports
- 7 Nuon 2007, S. 2. Die Zahl der Beschäftigten stieg auf ca. 330.000 im Jahr 2007. Vgl. <http://ki-media.blogspot.com/2007/06/cambodia-slashes-garment-factory-wages.html>
- 8 Siehe www.betterfactories.org. Eine ausführliche Beschreibung und Bewertung dieses Programms findet sich bei Nuon (2007).
- 9 Für Lateinamerika schätzt Parnreiter (2003), dass die Zahl der offiziell Beschäftigten in der Bekleidungsindustrie durch Auslagerung in den informellen Bereich um 50% gesenkt wird.
- 10 Eine ganz andere Bewertung der Auswirkung Freier Exportzonen auf die Arbeitsbedingungen findet sich bei Staatssekretär Stather: »Bei der Einhaltung des Verbots von Kinderarbeit in Bangladesch sind die Betriebe in den Export Processing Zones (EPZ) als Vorbild zu sehen. Sie stellen ausnahmslos nur Arbeiter/innen im Alter von über 18 Jahren ein. Export Processing Zones (EPZ) sind attraktiv für ausländische Investitionen (Foreign Direct Investment/FDI) und könnten statt dem bereits erwähnten »race to the bottom« einen Aufwärtstrend in Sachen Arbeitsbedingungen einleiten.« (Rede von Erich Stather, Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, zur Eröffnung der Veranstaltung »Sozialstandards in der Textilindustrie – Fallbeispiel Bangladesch – Fiktion oder Realität« im Rahmen der Asien-Pazifik-Wochen 2003 am 25. September 2003 in Berlin (<http://www.bmz.de/de/presse/reden/stather/rede20030925.html>))
- 11 S. http://www.epb.gov.bd/bangladesh_epz.html
- 12 Vgl. »Minimum wage set«, in: Newsletter Nr. 6, Oktober 2006 (www.betterfactories.org)
- 13 Vgl. <http://ki-media.blogspot.com/2007/06/cambodia-slashes-garment-factory-wages.html>
- 14 Vgl. http://www.cambodiainvestment.gov.kh/?q=sez_list,
- 15 Backes (2003) weist darauf hin, dass der Beruf des Straßennähers in Bangladesch rein männlich war, durch die Exportindustrie und die Beschäftigung von Näherinnen jetzt aber auch Straßennäherinnen möglich seien.
- 16 Vgl. http://www.inditex.com/en/shareholders_and_investors/investor_relations/annual_reports, S. 304
- 17 Vgl. Brief von adidas-Salomon vom 21. 2. 2005 an die Kampagne für Saubere Kleidung zum »ATC phase-out and call for intervention«.
- 18 Vgl. http://www.reebok.com/static/global/initiatives/rights/pdf/ReebokHR_FactoryLists.pdf
- 19 Adidas-Geschäftsbericht (2006, 61f.) (http://www.adidas-group.com/de/investor/_downloads/pdf/annual_reports/2006/GB2006_de_GMR.pdf)
- 20 Vgl. ebd. und http://www.adidas-group.com/de/sustainability/suppliers_and_workers/our_supply_chain/default.asp, (6. 9. 2007)
- 21 Einen nach inhaltlichen Forderungen strukturierten Überblick über die verschiedenen Initiativen bieten Ferenschild/Wick (2004).
- 22 Für nähere Informationen siehe www.cora-netz.de